



Berlin, 18.01.2016



**Liebe Leserinnen und Leser,**

es dürfte wenig überraschen, dass die Flüchtlingspolitik und die Vorfälle der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten die beherrschenden Themen unserer ersten Sitzungswoche im Jahr 2016 waren.

1

Thematisch ergänzt wurden unsere Diskussionen durch den Beschluss, einen einheitlichen, fälschungssicheren Ausweis für Flüchtlinge und Asylsuchende einzuführen. Um künftig Doppelregistrierungen zu vermeiden, werden die zuständigen Registrierungsstellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichssystem ausgestattet, über deren Sofortabfrage bereits vorhandene Personendaten unverzüglich festgestellt werden können.

In der Diskussion über die Vorfälle in Köln wurde schnell klar, dass man fraktionsübergreifend ähnliche Schlüsse daraus gezogen hat. Klar ist, dass sich niemand in Deutschland über Recht und Gesetz stellen darf. Und zwar unabhängig davon, welchen Pass er hat. Für sexuelle Übergriffe auf Frauen gibt es keine Rechtfertigung und keine Entschuldigung. Auch ein möglicher kultureller Hintergrund entschuldigt nichts. Dies gilt auch für alle übrigen Straftaten, die im Laufe dieser Nacht begangen wurden. Kriminelle müssen für ihre Taten konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Ausländer, die sich in Deutschland strafbar machen, können daher künftig schneller ausgewiesen werden und verlieren eher ihre Anerkennung als Flüchtlinge.

Auch auf unserer Fraktionsklausur war dieser Themenkomplex beherrschend. Die öffentliche Sicherheit werden wir nicht nur den Unionsparteien überlassen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich daher für einen starken Staat ein, der jede Einzelne und jeden Einzelnen vor Kriminalität und Gewalt und deren Ursachen schützt.

Ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2016 und eine informative Lektüre wünscht Ihnen nun

Ihre

Sabine Dittmar, MdB

## IN DIESER AUSGABE:

FOTO DER WOCHE	Seite 2
TOP-THEMA	Seite 2
KÖLNER VORFÄLLE	Seite 3
BILDUNG	Seite 4
AUSSENPOLITIK	Seite 6
VERTEIDIGUNGSPOLITIK	Seite 7
FINANZEN	Seite 8
GESUNDHEIT	Seite 9
FRAKTIONSKLAUSUR	Seite 10



## FOTO DER WOCHE

### Auf der SPD-Fraktionsklausur am 7. Und 8. Januar in Berlin



Die diesjährige Fraktionsklausur war geprägt von den Themen, die wir aus einem ereignisreichen 2015 ins neue Jahr mitnehmen: Solidarität in Europa, Innere Sicherheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt. Gastredner waren unter anderem Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen und der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius.

2

## TOP-THEMA

### Einheitlicher Ausweis für Flüchtlinge und Asylsuchende kommt

Die Registrierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Deutschland erfolgte bisher häufig sehr spät und mangels eines hinreichenden Datenaustausches mitunter auch mehrfach, was zu Verzögerungen im weiteren Asylverfahren führte.

Die Koalitionsfraktionen und parallel auch die Bundesregierung haben nun einen inhaltsgleichen Entwurf eines „Gesetzes zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken“ ins Parlament eingebracht. Beide wurden am Donnerstag in 2./3. Lesung beschlossen (Drs. 18/7043, 18/7203). Demnach sollen Flüchtlinge und Asylsuchende künftig schneller, flächendeckend und identitätssichernd registriert werden.

Das Gesetz trifft dazu klare Festlegungen der zu speichernden Daten (zum Beispiel neben Grundpersonalien auch Fingerabdruckdaten, Informationen zu Gesundheitsuntersuchungen, Impfungen, Schul- und Berufsausbildung) und der Übermittlungs- und elektronischen Zugriffsrechte der Behörden im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung.

Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Christine Lambrecht sagt: „Dies ist ein ganz wichtiger Schritt zur Steuerung und Beschleunigung der Asylverfahren, auf die es jetzt ankommt.“

### Zentrale Regelungselemente



Zum Hintergrund: Im Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZRG) ist bereits die Speicherung bestimmter behördenübergreifender Daten und ihr Austausch geregelt. Es soll nun um zusätzliche Daten „medienbruchfrei“ ergänzt werden. Hierbei wird mit der ersten Registrierung ein Datensatz geschaffen, der in einem „Kerndatensystem“ gespeichert wird. Somit entsteht eine neue Datenbank mit zahlreichen Informationen zu den Schutzsuchenden.

Die Daten von Asylsuchenden werden nicht erst bei Stellung eines Antrages, sondern nach Möglichkeit bereits bei dem Erstkontakt mit den Asyl- und Schutzsuchenden unverzüglich im Kerndatensystem zentral gespeichert.

Allen Stellen sind im Rahmen der Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen aus dem Kerndatensystem zur Verfügung zu stellen. Neben den Registrierungsstellen sind insbesondere die Asylbewerberleistungsbehörden, die Bundesagentur für Arbeit und die Meldebehörden.

Um Doppelregistrierungen zu vermeiden, werden die zuständigen Registrierungsstellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichssystem ausgestattet, über deren Sofortabfrage bereits vorhandene Personendaten unverzüglich festgestellt werden können. Das dient auch dem Gebot der Datensparsamkeit und mithin dem Grundrechtsschutz.

Außerdem wird ein Sicherheitsabgleichsverfahren zur Überprüfung terrorismusrelevanter Erkenntnisse oder sonstiger schwerwiegender Sicherheitsbedenken geschaffen.

Zudem soll die bisherige Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender als bundesweit einheitlich zu verwendendes Papierdokument mit fälschungssicheren Elementen ausgestaltet werden. Dieser Ankunftsnachweis soll nur noch von bestimmten Stellen ausgestellt werden und wird künftig zur Stellung eines Asylantrags und Gewährung von Unterstützungsleistungen benötigt.

Durch den fälschungssicheren Ankunftsnachweis werden die Möglichkeiten des Identitätsmissbrauchs eingedämmt und somit ein echter Sicherheitsmehrwert generiert.

## KÖLNER VORFÄLLE

### Bundestag diskutiert über Vorfälle in der Silvesternacht in Köln

**Am letzten Mittwoch hat sich der Deutsche Bundestag in einer zwischen den Fraktionen vereinbarten Debatte mit den sexuellen Übergriffen gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln befasst.**

„Niemand darf sich in Deutschland über Recht und Gesetz stellen. Und zwar unabhängig davon, welchen Pass er hat und ob er überhaupt einen Pass hat“, sagte Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) in der Debatte mit Blick auf die Vorfälle am Kölner Hauptbahnhof vom 31. Dezember, die sich gegen Frauen richteten. Für sexuelle Übergriffe auf Frauen gebe es keine Rechtfertigung und keine Entschuldigung. Auch ein möglicher kultureller Hintergrund entschuldige nichts, führte Maas aus.

#### **Straffällige Ausländer schneller ausweisen**

Ebenso müssten Kriminelle für ihre Taten konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. „Ausländer, die sich in Deutschland strafbar machen, werden künftig schneller ausgewiesen und verlieren eher ihre Anerkennung als Flüchtlinge“, erläuterte der Bundesjustizminister. Darauf hatte sich Maas mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Tag zuvor verständigt.



„Wir befinden uns augenblicklich in einer kritischen Phase, in der sich Bürgerinnen und Bürger Sorgen um die Handlungsfähigkeit des Staates machten. Das dürfen wir nicht zulassen“, so Maas. Im Übrigen hätten ihn auch Flüchtlinge aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Täter von Köln bestraft würden. Denn die Flüchtlinge wollten wegen dieser Kriminellen nicht in Verruf geraten.

Zudem werde man mit einem bereits vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Sexualstrafrecht „Frauen besser vor sexueller Gewalt schützen“. Auch müssten die Behörden mit genug Personal ausgestattet werden, damit sie das Recht umsetzen können, fügte Maas hinzu und verwies darauf, dass im Bundeshaushalt 3000 zusätzliche Stellen für die Bundespolizei ausgewiesen seien.

## **Pauschale Hetze gegen Flüchtlinge ist widerlich**

Der Bundesjustizminister machte auch deutlich, dass das Triumphgeheul der Rassisten und die pauschale Hetze gegen Flüchtlinge aufgrund der Tatsache, dass viele Täter in Köln Migranten waren, widerlich seien. „Wir werden es nicht zulassen, dass Kriminelle den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land dauerhaft kaputt machen – und zwar ganz gleich, ob es straffällige Ausländer oder deutsche Rechtsradikale sind“, stellte Maas klar.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva Högl betonte, dass die „fürchterlichen Ereignisse von Köln“ nicht straffrei seien. „Wir sind es auch den Opfern schuldig, diese Vorfälle lückenlos aufzuklären, die Täter zu ermitteln und sie umgehend zu bestrafen“, sagte Högl. Dabei dürfe es keine Tabus geben und nicht verschwiegen werden, wer die Täter waren und woher sie kamen. Damit solche Straftaten in Zukunft verhindert werden könnten, forderte Eva Högl 12.000 zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte für Bund und Länder. Sie sollten öffentliche Plätze, Parks, Einrichtungen und auch Bahnen schützen, auch gegen Gewalt von Rechtsradikalen. Es dürfe in Deutschland keine Angsträume geben, unterstrich Högl: „Wir müssen es schaffen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger überall sicher fühlen.“

## **Rechte von Frauen in Integrationskursen thematisieren**

„Jede Frau, die schon einmal einen sexuellen Übergriff erlebt hat, weiß, dass sich das verdammt schlimm anfühlt“, sagte Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD). Jede Frau in diesem Land solle wissen, dass solche Übergriffe angesprochen und zur Anzeige gebracht werden müssten. Solche Taten müssten mit allen Konsequenzen verfolgt werden, so Schwesig. „Wir sind es den Frauen, die in der Silvesternacht in Köln oder an anderen Ort Schlimmes erlebt haben, schuldig“, stellte die Ministerin klar. Die Rechte von Frauen müssten in unserer Gesellschaft geachtet werden. Deutschland biete Flüchtlingen Schutz, aber diese müssten unsere Werteordnung einhalten. Die Rechte von Frauen sollten stärker in den Integrationskursen thematisiert werden. In unserer Gesellschaft gebe es keinen Platz für sexistische Gewalt und für rassistische Gewalt gegen Ausländer.

## **BILDUNG**

### **SPD-Forderung kommt: Koalition macht Meister-BAföG attraktiver**

Seit 1996 werden mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), auch bekannt als „Meister-BAföG“, Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung finanziell unterstützt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Maßnahmen erhalten einkommensunabhängig einen Beitrag zu den Kosten der Fortbildung und bei Vollzeitmaßnahmen zusätzlich einen einkommensabhängigen Beitrag zum Lebensunterhalt.



Um „noch mehr Menschen für anspruchsvolle Aufstiegsfortbildungen im dualen System beruflicher Bildung“ zu gewinnen, haben die Bundestagsabgeordneten am 14. Januar 2016 in 1. Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drs. 18/7055) beraten. Gelingen soll das durch den Abbau möglicher Hemmschwellen bei der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, der Vereinbarkeit von Fortbildung, Beruf und Familie oder der Finanzierung. Im Gesetzentwurf sind konkrete Leistungsverbesserungen, Erweiterungen der Fördermöglichkeiten und strukturelle Modernisierungen vorgesehen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil betonte im Plenum: „Uns ist der Meister genauso wichtig wie der Master. Diese Novelle wird die größte Ausweitung des Meister-BAföGs seit 2002.“

Für das anstehende parlamentarische Verfahren haben die Koalitionsparteien bereits vereinbart, dass weitere Leistungsverbesserungen nachvollzogen werden, kündigten Heil und auch der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion, Martin Rabanus, an. So soll etwa der Maßnahmenbeitrag höher bezuschusst werden, der Zuschussanteil zum Unterhaltsbeitrag noch einmal erhöht und der Belohnungserlass weiter ausgebaut werden. „Des Weiteren wollen wir im Parlament den Blick auf kleine Gewerke sowie die Qualitätssicherung der Weiterbildungsmaßnahmen zum Meister, Fachwirt oder Techniker legen“ betonte Rabanus.

## Zentrale Punkte des Regierungsentwurfs:

- Mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen: Bisher konnten nur Handwerker und andere Fachkräfte gefördert werden. Jetzt sollen auch Bachelor-Absolventen (oder mit einem vergleichbaren Hochschulabschluss) einen Zugang zur Förderung bekommen, wenn sie zusätzlich einen Meisterkurs oder eine vergleichbare Fortbildung machen wollen. So soll die Durchlässigkeit aus der akademischen Bildung in die berufliche Aufstiegsfortbildung ausgebaut werden. Ein Ziel, für das sich die SPD-Fraktion bereits bei den Koalitionsverhandlungen stark gemacht hat.
- Erhöhte Freibeträge und Zuschüsse: Auch die Vermögensfreibeträge sollen erhöht werden: der allgemeine Vermögensfreibetrag von 35.800 Euro auf 45.000 Euro, die Erhöhungsbeträge zum Vermögensfreibetrag für Ehepartner und Kinder von 1800 Euro auf 2100 Euro. Über die mit dem 25. BAföGÄndG erfolgte Erhöhung des Basisunterhaltsbetrages – dieser steigt zum 1. August 2016 von 697 Euro auf 760 Euro – und der Einkommensfreibeträge im AFBG hinaus, sollen auch weitere Leistungskomponenten des AFBG verbessert werden, um die Fortbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer finanziell zu entlasten, zum Beispiel durch eine Erhöhung der Erhöhungsbeträge und des Zuschussanteils zum Unterhaltsbeitrag, einen größeren Zuschussanteil beim Kindererhöhungsbetrag und einen erhöhten und vereinheitlichten (einkommensunabhängigen) Kinderbetreuungszuschlag für Alleinerziehende. Zudem sieht der Gesetzentwurf die Einführung eines „Attraktivitätspakets Meisterstück“ vor: Der maximale Förderbetrag für das Meisterstück soll von 1534 Euro auf 2000 Euro erhöht werden. Neu ist die Einführung eines Zuschussanteils von 30,5 Prozent auf die notwendigen Materialkosten für das Meisterstück sowie bei der Förderung der Lehrgangs- und Prüfungskosten. Der maximale Maßnahmenbeitrag für die Lehrgangs- und Prüfungskosten soll laut Regierungsentwurf von 10.226 Euro auf 15.000 Euro steigen. Um den Anreiz zu erhöhen, nicht nur an der geförderten Vorbereitungsmaßnahme teilzunehmen, sondern auch erfolgreich die Aufstiegsprüfung zu meistern, sieht der Gesetzentwurf eine Anhebung des so genannten Bestehenserlasses („Erfolgsbonus“) vor.





## AUSSENPOLITIK

### Aktuelle Stunde zur Lage im Nahen und Mittleren Osten

Das Kräftemessen zwischen den Regionalmächten Saudi-Arabien und dem Iran und die massiven Menschenrechtsverletzungen in beiden Ländern haben die politische Situation im Nahen und Mittleren Osten verschärft und die diplomatischen Beziehungen für eine Lösung des Syrien-Konflikts und im Anti-IS-Kampf erschwert. Bei einer Aussprache im Bundestag machten die SPD-Bundestagsabgeordneten deutlich, dass sie hinter der Politik von Außenminister Frank-Walter Steinmeier stehen – auch hinter seiner geplanten Reise zum Janadriyah-Kulturfest nach Saudi-Arabien.

6

Einhellig haben die Bundestagsfraktionen am Mittwoch den Terroranschlag in Istanbul verurteilt und den elf Opfern, darunter auch zehn Deutsche, ihr Mitgefühl ausgesprochen. Steinmeier (SPD) erklärte in einer auf Verlangen der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD anberaumten Aktuellen Stunde zur Lage im Nahen und Mittleren Osten: „Wir sind vereint mit den Angehörigen in der Trauer über die Opfer, vereint auch in Wut und Abscheu gegenüber dieser heimtückischen Tat.“ Deutschland, versprach er, werde sich nicht von Mord und Gewalt einschüchtern lassen, sondern „ganz im Gegenteil“ gemeinsam mit seinen Partnern dem Terror weiter entgegentreten.

#### Außenpolitik funktioniert nicht aus der Sofaecke

Steinmeier will im Februar ein Kulturfestival in der saudischen Hauptstadt Riad besuchen, auf dem Deutschland mit einem Pavillon vertreten ist. Im Gespräch ist auch ein Besuch im Iran. Wegen der Menschenrechtslage in Saudi-Arabien gibt es allerdings Kritik an der Reise – sowohl aus der Opposition als auch vom Koalitionspartner CDU/CSU. Der Bundesaußenminister stellte in der Bundestagsdebatte daher noch einmal klar, dass er zwar die Skepsis verstehe, doch wer in der Region etwas bewegen wolle, müsse mit den Konfliktparteien reden. "Wenn ich mit allen Ländern nicht mehr sprechen würde, deren Politik wir nicht teilen, dann hätte ich in der Tat mehr Zeit, unsere prima Beziehungen zu Luxemburg zu pflegen."

Zwischen Saudi-Arabien und dem Iran bestehen seit Anfang des Jahres zunehmend Spannungen. Eine Absage der Reise lehnt Steinmeier jedoch ebenso ab wie Belehrungen aus dem In- und Ausland: "Außenpolitik funktioniert nicht aus der Sofaecke mit der Fernbedienung in der Hand", stellte er klar. Kern der deutschen Bemühungen im Nahen und Mittleren Osten sei weiterhin die Stabilisierung der Region, betonte Steinmeier. Daher werde er in diesem Jahr auch nicht weniger, sondern eher mehr Reisen in den Nahen und Mittleren Osten unternehmen – gemäß seiner Überzeugung: „Außenpolitik muss raus in die Welt und das Gespräch suchen“.

Man dürfe selbstverständlich bei den massiven Menschenrechtsverletzungen nicht wegschauen, aber gleichzeitig weiterhin den Dialog auch mit schwierigen Partnern nicht abreißen lassen, so Steinmeier weiter. Er sei sehr hoffnungsvoll, dass es „nach fünf langen Jahren des Blutvergießens in Syrien“ gelungen sei mit dem sog. Wiener Prozess alle Parteien an einen Tisch zu bekommen. Gerade deshalb erwarte Steinmeier von „Teheran und Riad“ jetzt auch, dass sich die beiden Regionalmächte weiterhin auf die verabredeten Verhandlungswege einlassen und die Situation nicht bilateral eskalieren lassen.

#### Syrien-Konflikt ohne Saudi-Arabien nicht zu lösen

Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Niels Annen stellte sich in seinem Debattenbeitrag hinter Steinmeier. Der Anschlag von Istanbul zeige einmal mehr, wie wichtig es sei, Kontakte „nicht nur zu unseren Freunden“ aufrechtzuerhalten und die Gesprächsfähigkeit in der Region zu verbessern. „Ich



teile die Kritik an Saudi-Arabien“, stellte Annen klar. Aber das Janadriyah-Festival sei die einzige kulturelle Veranstaltung in ganz Saudi-Arabien und ein vorsichtiger, sehr langsamer Schritt des Landes in Richtung Moderne.

Deutschland präsentiere in seinem Pavillon die Arbeit des Bundestages und seine demokratische Kultur. „Und das soll ein Außenminister nicht besuchen dürfen?“, fragte Annen empört. „Ja, wo leben wir denn?!“ Deutschland müsse in diesen Zeiten doch selbstbewusst für seine eigenen Werte einstehen. Als Sprecherin für Kulturdiplomatie betonte auch die SPD-Außenpolitikerin Michelle Müntefering die große Bedeutung von „Kunst und Kultur“ als „die dritte Säule der Diplomatie“. Der sanfte Wandel, den man dadurch bewirke, sei nicht zu unterschätzen.

## VERTEIDIGUNGSPOLITIK

### Irak im Kampf gegen IS durch Ausbildungsmission unterstützen

**Am letzten Donnerstag hat der Bundestag über den Antrag der Bundesregierung über die „Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte“ beraten (Drs. 18/7207).**

Die Ausbildungsunterstützung erfolgt weiterhin auf Bitten und im Einverständnis mit der Regierung des Irak und der Regierung der Region Kurdistan-Irak. Sie findet im Rahmen und nach Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit nach Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes als Teil der internationalen Anstrengung im Kampf gegen die Terrororganisation IS statt.

Deutschland folgt damit verschiedenen Aufforderungen des UN-Sicherheitsrates. Die militärischen Ausbildungslehrgänge sollen unter anderem in Bereichen wie Sanitätswesen, Logistik und ABC-Abwehr weiterentwickelt werden. Die militärischen Unterstützungsmaßnahmen bleiben eingebettet in einen ganzheitlichen politischen Ansatz. Dazu gehören humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Die Mandatsobergrenze erhöht sich von 100 auf 150 Soldatinnen und Soldaten. Der Einsatz ist bis zum 31. Januar 2017 befristet.

Für die beteiligten bewaffneten Streitkräfte ergeben sich folgende Aufgaben:

- Durchführung von militärischen Ausbildungslehrgängen für die Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte im Nordirak mit Schwerpunkt Raum Erbil.
- Übernahme der Koordinierungsverantwortung von militärischer Ausbildung im Nord-irak für die Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte, zeitlich begrenzt und in Rotation mit internationalen Partnern.
- Wahrnehmung von Verbindungs-, Beratungs- und Unterstützungsaufgaben gegenüber der irakischen Regierung, der Regierung der Region Kurdistan-Irak, den irakischen Streitkräften sowie den Sicherheitskräften der Regierung der Region Kurdistan-Irak und Hauptquartieren der multinationalen Partner im Rahmen der internationalen Allianz gegen IS.
- Beratende Unterstützung internationaler Partner in Ausbildungszentren im Raum Erbil und Nordirak. Wahrnehmung von Konsultations- und Koordinierungsaufgaben zeitlich befristet auch in anderen Regionen des Irak.
- Gewährleistung von Führungs-, Verbindungs-, Warn-, Schutz- und Unterstützungsaufgaben für die Durchführung des Einsatzes deutscher Kräfte.



## MINUSMA-Mission in Mali ausweiten

Ebenfalls am letzten Donnerstag hat das Parlament über einen Antrag der Regierung debattiert, mit dem die Bundesregierung auf Bitte der Vereinten Nationen die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) ausweiten will (Drs. 18/7206).

Die Mandatsobergrenze soll von 150 auf 650 Soldatinnen und Soldaten erhöht werden. So sollen beginnend von Februar 2016 an eine verstärkte gemischte Aufklärungskompanie, Objektschutzkräfte und erforderliche Einsatz-, Logistik-, Sanitäts- sowie Führungsunterstützungskräfte gestellt werden.

Auch der deutsche Personalanteil in den Stäben der Mission in der Hauptstadt Bamako und im Norden Malis, in Gao, soll erhöht werden. Zu den Kernaufgaben der Mission soll es gehören, Waffenruhe, vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien und das Friedensabkommen abzusichern.

Weitere Aufträge:

- Unterstützung des nationalen politischen Dialogs und der nationalen Aussöhnung;
- Unterstützung für die Sicherheit, die Stabilisierung und den Schutz von Zivilpersonen;
- Unterstützung der Wiederherstellung der staatlichen Autorität im gesamten Land, des Wiederaufbaus des malischen Sicherheitssektors, der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte und der humanitären Hilfe;
- Gewährleistung des Schutzes des Personals der Vereinten Nationen;
- Unterstützung für die Erhaltung des malischen Kulturguts.

Zudem gilt es, Führungs-, Verbindungs-, Beobachtungs- und Beratungsaufgaben wahrzunehmen.

Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange ein entsprechender Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis zum 31. Januar 2017.

## FINANZEN

### Ein Basiskonto für alle

**Das Parlament hat am Freitagmorgen in 1. Lesung einen Gesetzentwurf der Koalition zu „Umsetzung der Richtlinien über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten“ beraten (Drs. 18/7204).**

Dahinter verbirgt sich vor allem die Einführung eines Rechtsanspruchs auf ein Basiskonto für alle. Auch Menschen, denen bisher eines verweigert wurde, erhalten damit Zugang zu einem Konto mit grundlegenden Zahlungsfunktionen. Mit dem Gesetz wird eine entsprechende EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt.

Das ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Verbraucherrechte auf dem Finanzmarkt. Die Transparenz und Vergleichbarkeit von Kosten und Entgelten von Girokonten wird deutlich erhöht. Der Kontowechsel von einem Anbieter zum anderen wird erleichtert.





Zahlungsdienstleister sollen laut der Vorlage verpflichtet werden, Verbraucher über die Entgelte und Kosten für kontobezogene Dienstleistungen zu informieren. Die Vergleichbarkeit von Konditionen für Zahlungskonten soll für Verbraucher zusätzlich durch Vergleichswebsites erhöht werden. Verbrauchern soll es künftig besser möglich sein, das für sie am besten geeignete Zahlungskonto am Markt zu finden.

Im Detail: Alle Kreditinstitute, die Dienstleistungen im Zahlungsverkehr gegenüber dem Publikum anbieten, werden laut Gesetzentwurf verpflichtet sein, Basiskonten anzubieten und zu führen (das nennt sich Kontrahierungszwang).

Mit dem Basiskonto sollen die grundlegenden Zahlungsdienste erledigt werden können. Dazu gehören das Ein- oder Auszahlungsgeschäft, Lastschriften, Überweisungen und das Zahlungskartengeschäft. Die Kreditinstitute dürfen für diese Dienste nur angemessene Entgelte verlangen.

## GESUNDHEIT

### Bundestag debattiert über Umsetzung der EU-Tabakrichtlinie

**Am 14. Januar 2016 hat der Bundestag in 1. Lesung den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Richtlinie über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse (Drs. 18/7218) beraten. Die EU-Tabakrichtlinie ist bereits am 19. Mai 2014 in Kraft getreten. Bis zum 20. Mai dieses Jahres müssen die 28 EU-Mitgliedstaaten diese Richtlinie in nationales Recht umgesetzt haben.**

Rauchen ist eines der größten vermeidbaren Gesundheitsrisiken in Deutschland und innerhalb der EU. Im Jahr 2013 starben allein hier 46.332 Menschen an Krebserkrankungen, die auf das Rauchen zurückgeführt werden können. EU-weit waren es etwa 700.000 Menschen. Laut wissenschaftlichen Studien fördert Werbung für Tabakkonsum das Rauchen, vor allem den Einstieg von Jugendlichen. Hier sendet die Außenwerbung gefährliche Signale. Diese ist mittlerweile nur noch in Deutschland und Bulgarien erlaubt.

Die Umsetzung der Tabakrichtlinie erfolgt weitgehend eins zu eins. Zudem wird es künftig in Deutschland Werbebeschränkungen geben, die darüber hinausgehen. Zusätzliche Regelungen wird es zu elektronischen Zigaretten geben. „Im Rahmen der nationalen Umsetzung sind mir der Gesundheitsschutz und die Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher besonders wichtig“, sagte der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Spiering in der Debatte. Es müsse auf Prävention gesetzt werden, um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche mit dem Rauchen beginnen.

#### Folgende Maßnahmen sieht der Gesetzentwurf vor:

- Das Inverkehrbringen von Zigaretten, Tabak zum Selbstdrehen wird verboten, wenn sie ein charakteristisches Aroma haben, in ihren Bestandteilen Aromastoffe oder technische Merkmale enthalten, mit denen sich Geruch, Geschmack oder die Rauchintensität verändern lassen, oder – in Filtern, Papier oder Kapseln – Tabak oder Nikotin enthalten.
- Auf den Packungen von Zigaretten, Tabak zum Selbstdrehen und Wasserpfeifentabak sind künftig gesundheitsbezogene kombinierte Text-Bild-Warnhinweise anzubringen, die mindestens 65 Prozent der Vorder- und Rückseite der Packungen einnehmen.



- Um die Rückverfolgbarkeit und Echtheit von Tabakerzeugnissen zu gewährleisten, müssen deren Packungen ein individuelles Erkennungsmerkmal und ein fälschungs-sicheres Sicherheitsmerkmal tragen.
- Für neuartige Tabakerzeugnisse wird ein Zulassungsverfahren eingeführt.
- Erstmals wird es Regelungen zu elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern geben. Der Gesetzentwurf enthält Vorschriften zu Inhaltsstoffen, Produktsicherheit, Verpackungsgestaltung und Pflichten für die Hersteller, Importeure und Händler nach Inverkehrbringen sowie ein Rückrufmanagement.
- Die Regelungen zu den Werbeverboten entsprechen der EU-Tabakwerberichtlinie und der EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste.

## FRAKTION

### SPD-Fraktion trifft sich zur Auftaktklausur

Das neue Jahr hat kaum begonnen, doch die allgemeine politische Lage erfordert rasche Antworten. Die SPD-Fraktion hat dazu in ihrer zweitägigen Klausur am 7. und 8. Januar in Berlin beraten und mehrere Beschlüsse gefasst.

Auf der Agenda stand insbesondere das Thema innere Sicherheit, aber auch der Ausbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die Beendigung von Missbrauch bei Werkverträgen und Leiharbeit sowie das Thema psychiatrische Leistungen im Krankenhaus und paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV).

Zu diesen Themen haben die Abgeordneten Positionspapiere beschlossen.

#### Die Beschlüsse im Überblick:

##### Öffentliche Sicherheit stärken

Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und finanziellen Verhältnissen umfassend vor Kriminalität geschützt zu werden. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für einen starken Staat ein, der jede Einzelne und jeden Einzelnen vor Kriminalität und Gewalt und deren Ursachen schützt.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagt: „Leider wurde in den vergangenen Jahren zu viel bei Polizei und Sicherheitsbehörden gespart. Das war Ausdruck einer ideologisch motivierten Schwächung des Staates. Aber nur ein starker Rechtsstaat kann Schutz und Sicherheit bieten. Das ist besonders für die wichtig, die sich privat keinen eigenen Schutz leisten können. Deshalb wird es in den nächsten Jahren einen weiteren Aufbau des Personals geben müssen. Die 3000 zusätzlichen Stellen bei der Bundespolizei, die die SPD durchgesetzt hat, sind ein erster Schritt.“ Die Fraktion hat nun beschlossen, sukzessive die Polizeien des Bundes und der Länder mit zusätzlichen 12.000 Stellen aufzustocken.

##### Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen eindämmen

Leiharbeit und Werkverträgen werden häufig genutzt, um Lohndumping durchzusetzen, Belegschaften zu spalten, Mitbestimmungsrechte zu beschneiden und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die SPD-Bundestagsfraktion stellt sich diesem Missbrauch entgegen. Es müssen hier zukünftig klare und eindeutige Regeln gelten, um dies zu verhindern.

##### Wirtschafts- und Währungsunion weiterentwickeln



Die SPD-Abgeordneten sehen in einer vertieften Wirtschafts- und Währungsunion nicht nur ein Instrument, um das wirtschaftliche Wachstum zu vergrößern, sondern auch die Chance, den sozialen Verwerfungen innerhalb der EU entgegen zu wirken. Die SPD-Bundestagsfraktion wird den Prozess der Vertiefung und Weiterentwicklung der Eurozone eng begleiten und mitgestalten.

## **Psychiatrische Leistungen**

Seit 2013 wird ein Konzept für ein pauschaliertes Entgeltsystem für stationäre Einrichtungen erprobt, das sogenannte PEPP-System (Pauschaliertes Entgeltsystem in Psychiatrie und Psychotherapie), das sich an den Fallpauschalen in Krankenhäusern orientiert. Dabei hat sich allerdings gezeigt, dass dieses System keine bedarfsgerechte Versorgung psychisch kranker Menschen sicherstellt und vielmehr ökonomische Belange statt der Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt rückt. Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt deshalb ein solches System strikt ab. Sie fordert stattdessen ein Vergütungssystem, das individuellen Anforderungen gerecht wird und den tatsächlichen Behandlungsaufwand honoriert.

## **Paritätische Finanzierung der GKV**

Derzeit versucht die Ärzteschaft, eine Novellierung der GOÄ (Amtliche Gebührenordnung der Ärzte) mit deutlich höheren Honoraren durchzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt das strikt ab. Denn dadurch würde das System der Zwei-Klassen-Medizin zementiert. Die SPD-Fraktion will dagegen ein einheitliches Vergütungssystem unabhängig vom Versichertenstatus der Patientinnen und Patienten. Sie fordert die Rückkehr zur paritätischen und solidarischen Finanzierung in der GKV.

## **2016 wird das Jahr der Integration**

Am Donnerstag war Professorin Naika Foroutan zu Gast. Sie lehrt an der Humboldt Universität und arbeitet am Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Mit ihr erörterte die Fraktion wichtige Fragen der Integrationspolitik. Thomas Oppermann: "2016 muss das Jahr der Integration werden. Wir müssen die Frage diskutieren, was der Leitgedanke, das Leitbild einer Integrationsgesellschaft ist."

Am Freitagvormittag kamen als Gäste der niedersächsische Landesinnenminister Boris Pistorius (SPD) und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen. Sie referierten zur Innenpolitik. Pistorius betonte, bei der sozialdemokratischen Politik der inneren Sicherheit müsse stets der Mensch im Mittelpunkt stehen.

Die SPD-Fraktion erarbeitet zudem Konzepte zur Weiterentwicklung der Europäischen Union in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Das beinhaltet auch strukturelle Veränderungen, hin zu einer besseren Sozial- und Investitionspolitik.